

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

204 (1.9.1934)

# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3450 VII.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltner, 53, Fernstr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6spaltige Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 8 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuweilen, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften u. Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 204

Samstag, den 1. September 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Reichsbankpräsident Dr. Schacht forderte in einer Rede die Erleichterung der deutschen Schuldenlasten durch ein Zollmoratorium, worin er den einzigen Ausweg aus der Weltkrise sieht.

Bundeskanzler Dr. Brüning hat einen Generalinspekteur für die Heimwehren ernannt, die damit im Kabinett vertreten und dadurch in ihrer Stellung erneut gestärkt sind.

Die französische Regierung hat eine Saardenschrift an den Völkerbund gerichtet, die sich bereits mit den im Falle der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland zu regelnden Fragen befaßt.

Der französische Haushaltsplan schließt mit einem bedeutenden Fehlbetrag ab, über dessen Ausgleich im Kabinettsrat nichts gesagt wurde.

Wiederum haben Banditen in der Mandchurei einen Zug zur Entgleisung gebracht, wobei 18 Menschen den Tod fanden. Die Räuber entführten 80 Reisende, darunter zahlreiche Japaner.

In Stockholm werden am 6. u. 7. September die Außenminister Norwegens, Dänemarks, Finnlands und Schwedens zusammentreten, um Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der nordischen Länder zu besprechen.

## Für die Hinterbliebenen der Gefallenen der Bewegung

DNB. Nürnberg, 31. Aug. Die Pressestelle des Reichsparteitages teilt mit: Da es unmöglich war, alle Hinterbliebenen der gefallenen Kameraden zu dem diesjährigen Parteitag durch den Führer einzuladen, haben nur die Eltern der Gefallenen Einladung erhalten; die übrigen sollen bei dem nächsten Reichsparteitag berücksichtigt werden.

## Der Tag der 100000 hat begonnen

Aufmarsch der SA in Frankfurt/Main.

DNB. Frankfurt/M., 1. Sept. Der gewaltige Aufmarsch der SA des Gebietes 13, der Tag der 100000 hat begonnen. In beiden Riehlengaststätten im Ost- und im Huth-Park in Frankfurt/M. sind über 100000 Hitler-Jungen und Jungwoelf-Pimpfe zum größten Jugendaufmarsch der Welt zusammengelommen. In 82 Sonderzügen sind sie aus allen Gegenden Hesse-Nassaus hingekarrt worden. Die Zeltstädte nehmen in beiden Parks eine Bodensfläche von 16000 Quadratmetern ein. Die Verpflegungs- und Sanitätsanlagen werden allen Ansprüchen genügen können. Eine eigene „Lagerpolizei“ wird die Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Lager verbürgen.

Mustergültig, wie die beiden Lager und ihre Einrichtungen sind, geht auch bei der vorzüglichen organisatorischen Arbeit der ganze Aufmarsch vor sich. Reichsjugendführer Baldur von Schirach wird sich am Samstag nach Ankomst in Frankfurt Flughafen sofort in die beiden Zeltstädte begeben, um seine Jungen zu begrüßen. Gegen Mittag marschieren dann 50000 Hitler-Jungen in mehreren Marschspalten durch die Stadt, der Tag der hessen-nassauischen Jugend nimmt damit seinen Anfang. Am Nachmittag findet im Stadion ein Sportfest statt, auf dem nicht Einzelleistungen, sondern Gruppenleistungen gepflegt werden. Am Abend findet dann im Stadion die große Kundgebung der SA statt, auf der der Reichsjugendführer sich an seine Gefolgschaft wenden und etwa 1000 neue Fahnen weihen wird. Den Abschluß des gewaltigen Aufmarsches bietet der Vorbeimarsch am Sonntag vormittags; sechs Stunden wird die Armee der Jugend marschieren.

## Die Reichseinnahmen und -ausgaben im Juli

Berlin, 31. Aug. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im ordentlichen Haushalt (alle Angaben in Millionen RM.) die Einnahmen im Juli 568,0 (Juni 473,8) und die Ausgaben 717,0 (504,2); mithin ergibt sich eine Mehrausgabe von 149,0 (30,4). Für den Zeitraum April bis Juli errechnet sich bei 2292,7 Einnahmen und 2285,5 Ausgaben eine Mehreinnahme von 6,8 (Ende Juni: Mehreinnahme 155,8). Um diesen Betrag vermindert sich der aus dem Vorjahre übernommene Fehlbetrag von 1796,7 auf 1789,9. Für den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge bzw. -bestände errechnet sich für Ende Juli ein Fehlbetrag von 1779,6 (Ende Juni 1629,2).

## Staatssekretär Reinhardt über die steuerpolitischen Maßnahmen in der kommenden Herbst- u. Winter-Arbeitschlacht

DNB. Berlin, 1. Sept. Staatssekretär Reinhardt sprach am Freitag im Rundfunk im Zusammenhang mit der soeben abgeschlossenen Herbstmesse über die steuerpolitischen Maßnahmen, die für die kommende Arbeitschlacht im Herbst und Winter durchgeführt werden. Er führte u. a. aus:

In wenigen Wochen wird das neue Einkommensteuergesetz erscheinen. Es wird am 1. Januar 1935 in Kraft treten und bereits auf diejenigen Einkommen Anwendung finden, die im Frühjahr 1935 für das Jahr 1934 zu veranlagen sein werden. Der Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes enthält eine Bestimmung, durch die das Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen wesentlich erweitert wird. Diese Bestimmung erstreckt sich auf jegliche bewegliche Gegenstände des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals, deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfahrungsgemäß zehn Jahre nicht übersteigt. Sie erstreckt sich nicht nur auf Ersatzbeschaffungen, sondern auch auf Neuanfassungen, nicht nur auf Erneuerungen, sondern auch auf Erweiterungen des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals. Auch für Erweiterungen insoweit, als es sich um kurzlebige Gegenstände des gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagekapitals, deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfahrungsgemäß zehn Jahre nicht übersteigt.

Die Aufwendungen für alle diese Gegenstände können vom Gewinn des Jahres 1934 vollumfänglich abgesetzt werden, wenn die Anschaffung oder Herstellung bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres 1934 erfolgt. Alle diejenigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die die Vergünstigung für das Jahr 1934 haben wollen, müssen die Aufträge so rechtzeitig erteilen, daß die Lieferung noch vor Schluß des Wirtschaftsjahres 1934 erfolgt. In dem Fall können die Aufwendungen für die betreffenden Gegenstände vom Gewinn voll abgesetzt werden, so daß die Steuer, mit der der Gewerbetreibende oder Landwirt für 1934 zu veranlagen sein wird, sich entsprechend ermäßigt. Die Steuerermäßigung beträgt je nach Lage des einzelnen Falles 10 bis 45 v. H. für den in Betracht kommenden Gegenstand.

Die nächste Einkommensteuererklärung ist im Februar 1935 für das Kalenderjahr 1934 anzugeben. Jeder Gewerbetreibende und jeder Landwirt hat die Möglichkeit, sein zu versteuerndes Einkommen nach Belieben niedrig erscheinen zu lassen. Er kann sich für das Jahr 1934 sogar einkommen- oder körperschaftsteuerfrei gestalten. Er braucht nur möglichst hohe Summen für Anschaffung und Herstellung von kurzlebigen Anlagen, Gegen-

ständen, oder für die Ersatzbeschaffung langlebiger Gegenstände für die Zwecke des zivilen Luftschutzes oder Instandsetzung von Gebäuden aufzuwenden. Die gleiche Möglichkeit hat jeder Gebäudeeigentümer, auch wenn er nicht Gewerbetreibender ist, hinsichtlich der Aufwendungen zu Zwecken des zivilen Luftschutzes und des zivilen Sanitätsdienstes und bei Instandsetzungen an seinem Gebäude.

Eine weitere finanzpolitische Maßnahme ist das Gesetz zur Förderung der Eheschließungen. Diese Tatsache wird zu immer größeren Nachfragen nach Möbeln und Hausgeräten, und, da die jungen Ehepaare Wohnungen brauchen, nach Kleinwohnungen führen.

Wir haben die Nachfrage nach Gütern und Leistungen bisher in erster Linie durch Gewährung von Steuerergünstigungen verschiedener Art und durch Gewährung von Eheschließungen gefördert. Wir gehen jetzt dazu über, auch durch allgemeine Steuerentlastungen die Nachfragen nach Leistungen und Gütern zu fördern, ohne Bindungen daran zu knüpfen. Bereits am 1. Januar 1935 wird das neue Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Nach diesem Gesetz werden die Familieneinkünfte eine weitere Entlastung erfahren. Der Familieneinkünfte soll für seine Familie einen größeren Betrag als bisher für die Lebenshaltungskosten zur Verfügung haben.

Durch die allgemeinen Steuerentlastungen soll insbesondere die Verbrauchsgüterindustrie belebt werden. Es ist in Ergänzung aller Maßnahmen auch notwendig, daß der Binnen- und Außenhandel wieder zur Lagerhaltung übergeht. Zu dem Zweck wird im neuen Umsatzsteuergesetz, das mit Wirkung vom 1. Januar 1935 in Kraft treten wird, die Umsatzsteuer für den Binnen- und Außenhandel einheitlich auf 1/2 v. H. festgesetzt werden. Bisher betrug die Umsatzsteuer für den lagerhaltenden Großhandel 2 v. H.

Es gibt für jeden Gewerbetreibenden, Landwirt und Gebäudeeigentümer reichlich Möglichkeiten, sich einzureihen in die Front der Kämpfer um die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Jeder, der entsprechend handelt, dient der Volksgemeinschaft, und zwar dadurch, daß er zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Not und gleichzeitig zur Gelandung von Wirtschaft und Finanzen beiträgt und schließlich sich selbst durch Verbesserung seiner Anlagen und durch Verminderung seiner Steuerlasten hilft. Für jeden Arbeitnehmer, insbesondere für jeden Familieneinkünfte, wird sich durch Senkung der Abgaben und Beiträge eine immer größere Möglichkeit ergeben, die Aufwendungen zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten seiner Familie zu erhöhen und auf diese Weise zur Belebung des Verbrauchsgüterumlaufes beizutragen.

## Deutsch-holländisches Transferabkommen

DNB. Berlin, 31. Aug. Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist heute ein Abkommen unterzeichnet worden, das die Transferierung von Zinsen auf die privaten deutschen Anleihen und sonstigen Schuldverpflichtungen nach Holland regelt. Die für die Zinstransferierung im Rahmen dieses Abkommens erforderlichen Devisen wurden in voller Höhe aus der Bezahlung für zusätzliche Warenlieferungen zur Verfügung gestellt, die von der niederländischen Regierung nach Deutschland vergeben werden. Die holländischen Gläubiger, die aufgrund des Abkommens befristet werden, verzichten auf einen erheblichen Teil ihrer Zinszuschüsse. Die so frei werdenden Beträge dienen teilweise der Amortisation der Schuldverhältnisse und zum weiteren Teil der Förderung der deutschen Ausfuhr.

## Zur politischen Lage

Eine Denkschrift über das Saargebiet

Paris, 31. Aug. Im Ministerrat, der Freitag vormittags unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten wurde, erstattete Außenminister Barthou eingehenden Bericht über die außenpolitische Lage. Er behandelte vor allem die österreichische Frage, die Volksabstimmung im Saargebiet, die Verhandlungen über den Nordostpakt und den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund. Der Außenminister ließ von seinen Ministerkollegen eine Denkschrift über das Saargebiet gutheißen, die er dem Völkerbundsrat zu überreichen gedenkt. Auf seinen Vorschlag wurde auch die französische Abordnung für Genf ernannt. Sie soll diesmal, um den vom Parlament vorgeschlagenen Sparmaßnahmen Rechnung zu tragen, nur das notwendige Personal umfassen. Die Leitung der Abordnung übernimmt Barthou selbst.

Der Haushaltsminister wurde ermächtigt, den Haushaltsplan im Parlament einzubringen. Der Landwirtschaftsminister berichtete über die Lage auf dem Getreidemarkt und Maßnahmen zur Verringerung der Getreidepreise. Die nächsten Ministerberatungen finden erst am 21. und 22. September statt.

## Die Saar-Denkschrift der französischen Regierung

Paris, 31. Aug. Wie von gut unterrichteter französischer Seite verlautet, befaßt sich die im Ministerrat gebilligte Denkschrift Barthous an den Völkerbundsrat mit den verschiedenen mit der technischen Seite der Volksabstimmung im Saargebiet zusammenhängenden Fragen. Die Denkschrift richtet u. a. an den Völkerbundsrat das Ersuchen, bereits jetzt für den Fall, daß die Wähler für die Rückgliederung an Deutschland stimmen sollten, die Fragen der Dominal-Gruben, des Währungssystems usw. zu regeln. Es handele sich für die französische Regierung darum, die Uebergangszeit, die ein Hoheitswechsel erforderlich machen könnte, möglichst kurz zu gestalten. Der Völkerbundsrat sollte beispielsweise für alle diese Fragen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland anregen, entweder eine direkte Aussprache oder eine indirekte durch Vermittlung des Dreerausschusses unter dem Vorsitz Morgens.

## Die französische Saardenschrift.

DNB. Paris, 1. Sept. „Journal“ glaubt im Zusammenhang mit den Ausführungen Barthous im Ministerrat über die Saardenschrift der französischen Regierung mitteilen zu können, daß diese Denkschrift vom letzten Bericht des Regierungsausschusses des Saargebietes ausgehe. Es werde darin auf die Dringlichkeit hingewiesen, eine absolut getreute und freie Durchführung der Abstimmung zu sichern und vor allem werde betont, daß sofort Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Saar bis zum Abstimmungszeitpunkt „vor einem Handstreich“ zu schützen. (!)

In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, daß sich die Denkschrift in der Hauptsache auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen beziehe. Sie soll etwa 15 Schreibmaschinenseiten umfassen und von einem Ausschuss ausgearbeitet worden sein, dem außer dem französischen Außenminister auch der Minister für öffentliche Arbeiten und der Finanzminister angehörten.

